

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Musterverzeichnis.	21
Die Bearbeiter	23
Abkürzungsverzeichnis	25
Literaturverzeichnis	35
§ 1 Patchworkfamilie aus sozialwissenschaftlicher Sicht	39
A. Stieffamilien als Scheidungsfolge	39
B. Zur Vielfalt von Stieffamilienformen	41
C. Entwicklungsaufgaben: Eine Stieffamilie entsteht	45
I. Vorbemerkung: Von der Defizithypothese zum Belastungs-Bewältigungsmodell	45
II. Wie sich die Stieffamilie für Mareike entwickelt	46
III. Wie sich die Stieffamilie für Frau M. entwickelt.	47
IV. Wie sich die Stieffamilie für den Stiefvater entwickelt.	48
V. Wie sich die Beziehung des leiblichen Vaters zu seiner Tochter entwickelt	49
D. Forschungsergebnisse: Wie lebt es sich in Stieffamilien?	49
I. Das Kind in der Stieffamilie.	49
II. Konfliktniveau zwischen den Eltern.	50
III. Zusammenarbeit von Eltern in Stieffamilien	51
IV. Partnerzufriedenheit in Stieffamilien	51
V. Der getrennt lebende Vater in Stieffamilien.	52
E. Fazit: Was der Lebensort Stieffamilie den Kindern erbringt.	53
§ 2 Familienrecht	55
A. Kindschaftsrecht	56
I. Abstammung und Verwandtschaft	56
1. Begriffe	56
2. Vaterschaftsanerkennung und -anfechtung	56
a) Vaterschaft aufgrund Ehe mit der Mutter	56
b) Anerkennung der Vaterschaft	56
c) Gerichtliche Vaterschaftsfeststellung	57
3. Die Anfechtung der Vaterschaft.	58
a) Anforderungen an den Antrag.	58
b) Anfechtungsberechtigte.	60
c) Anfechtungsfrist	61
d) Beweislast	62
4. Die genetische Untersuchung zur Klärung der Vaterschaft.	63
II. Adoption	64
1. Allgemeines	64
2. Stiefkindadoption in Form der Minderjährigenadoption	64
a) Voraussetzungen	65
aa) Kindeswohl und soziale Elternschaft.	65
bb) Der Personenkreis der Annehmenden	65
cc) Kettenadoption.	66

dd) Das Interesse der Kinder des Annehmenden	66
ee) Einwilligung des anzunehmenden Kindes	67
ff) Einwilligung der Eltern	67
gg) Ersetzung der Einwilligung der Eltern	67
(1) Anhaltende gröbliche Pflichtverletzung	68
(2) Gleichgültigkeit	68
(3) unverhältnismäßiger Nachteil	68
(4) besonders schwere Pflichtverletzung	69
(5) Antragsberechtigung	69
(6) Ersetzung der Einwilligung des nicht sorgeberechtigten Elternteils	69
hh) Die Wirkung der Minderjährigenadoption	70
(1) Volladoption	70
(2) Neues Verwandtschaftsverhältnis	71
(3) Auswirkungen auf den Namen	71
(4) Umgangsrecht des leiblichen Elternteils	71
ii) Aufhebung der Adoption	72
b) Verfahren beim Notar	72
c) Verfahren vor dem Familiengericht	73
d) Kritische Stimmen	73
3. Stiefkindadoption in Form der Erwachsenenadoption mit den Wirkungen der Minderjährigenadoption	74
a) Voraussetzungen: Eltern-Kind-Verhältnis	74
b) Das Interesse der Kinder des Annehmenden	75
c) Wirkung der Adoption	75
d) Aufhebung der Adoption	75
e) Verfahren vor dem Notar	75
f) Verfahren vor dem Familiengericht	75
III. Einbenennung	76
1. Begriff	76
2. Voraussetzungen	77
a) Ehefrau	77
b) Sorgeberechtigung des Elternteils, der die Einbenennung begehrt . .	77
c) Leben des Kindes im gemeinsamen Haushalt	77
d) Einwilligung des Kindes	77
e) Einwilligung des anderen Elternteils	78
f) Ersetzung der Einwilligung des anderen Elternteils durch gerichtliches Verfahren	78
3. Neubestimmung des Kindesnamens bei vorausgegangener Einbenennung	79
4. Verfahren	80
a) Erklärung vor dem Standesbeamten	80
b) Verfahren bei Ersetzung der Einwilligung	80
IV. Sorgerecht	81
1. Allgemeines	81
a) Art und Umfang der elterlichen Sorge	81
b) Die Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge	81
c) Gemeinsame elterliche Sorge bei Trennung	82

d) Gemeinsame elterliche Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern .	82
2. Das kleine Sorgerecht des Stiefelternteils/Lebenspartners, § 1687b BGB, § 9 LPartG	84
a) Entwicklung	84
b) Voraussetzungen	85
aa) Bestehen einer Ehe/Lebenspartnerschaft	85
bb) Alleinsorge des Elternteils	85
cc) Angelegenheiten des täglichen Lebens.	85
dd) Einvernehmen mit dem sorgeberechtigten Elternteil	86
c) Rechtsfolge	86
d) Beendigung der Mitentscheidung	87
e) Das Notvertretungsrecht	87
f) Verfahren.	87
3. Vertragliche Regelungen der Beteiligung des Stiefelternteils	88
4. Die Rolle des Stiefkindes bei Gewaltschutz und Wohnungszuweisung . .	89
V. Umgangsrecht.	90
1. Wesen des Umgangs	90
2. Beschränkung und Ausschluss des Umgangs	91
3. Die Ausgestaltung des Umgangs	91
4. Verfahren	92
5. Umgangsrecht anderer Bezugspersonen.	92
a) Allgemeines	93
b) Das Umgangsrecht des leiblichen nicht rechtlichen Vaters, § 1686a BGB	93
c) Andere Bezugspersonen	95
d) Kindeswohl dienlichkeit.	95
e) Der Umfang des Umgangs.	96
VI. Verbleibensanordnung, 1682, 1688 Abs. 4 BGB.	96
1. Ausgangslage	96
2. Voraussetzungen	97
a) Zusammenleben in häuslicher Gemeinschaft	97
aa) Ehe oder Lebenspartnerschaft mit dem leiblichen Elternteil . .	97
bb) Gemeinsamer Haushalt für längere Zeit	97
b) Alleinsorge des anderen Elternteils	98
aa) Tatsächliche Verhinderung oder Ruhen der elterlichen Sorge . .	98
bb) Versterben des betreuenden Elternteils	99
cc) Vormundschaft.	99
c) Kindeswohlgefährdung	99
d) Wegnameabsicht	100
e) Rechtsfolge	100
3. Verfahren	100
B. Unterhaltsrecht	102
I. Kindesunterhalt	102
1. Unterhaltsanspruch des leiblichen Kindes	102
a) Gesetzlicher Unterhaltsanspruch	102
aa) Voraussetzung: Abstammung, § 1589 BGB	102
bb) Bedürftigkeit	102

b) Leistungsfähigkeit	103
c) Bedarf und Bemessung des Unterhalts	105
d) Art der Unterhaltsgewährung	106
e) Rang, insbesondere im Mangelfall	107
2. Vertraglicher Unterhaltsanspruch	107
a) Disponibilität des gesetzlichen Unterhaltsanspruchs	107
b) Festschreiben des gesetzlichen Unterhaltsanspruchs	109
c) Verzicht auf Kindesunterhalt	110
aa) Vereinbarung zwischen Eltern und volljährigem Kind	110
bb) Vereinbarung zwischen Eltern und minderjährigem Kind, vertreten wiederum durch die gesetzlichen Vertreter	110
cc) Vereinbarung zwischen den Eltern; Freistellungsvereinbarung	110
d) Verstärkung des Unterhaltsanspruchs	111
aa) Vereinbarungen zwischen den Eltern und dem (minderjährigen) Kind	111
bb) Vereinbarungen zwischen den Eltern	112
cc) Risiko unterhaltsverstärkender Vereinbarungen	113
e) Unterhalt aufgrund formfreien Vertrages bei heterologer künstlicher Befruchtung	114
II. Unterhaltsanspruch des Stiefkindes	115
1. Gesetzlicher Unterhaltsanspruch	115
2. Vertraglicher Unterhaltsanspruch	115
3. Vereinbarung der Gütergemeinschaft, §§ 1604, 1459 Abs. 1, 1437 Abs. 1, 1459 Abs. 2 Satz 1	117
III. Ehegattenunterhalt/Unterhalt des eingetragenen Lebenspartners/Unterhalt des nicht ehelichen Lebenspartners	117
1. Unterhaltsrecht in der neuen Verbindung	118
a) Unterhaltsverpflichtungen gegenüber neuem Ehegatten	118
b) Unterhaltsverpflichtungen des neuen Ehepartners	119
2. Unterhaltsrecht in der geschiedenen Verbindung	119
a) Trennungunterhalt	119
b) Unterhalt des geschiedenen Ehegatten, §§ 1569 ff. BGB	121
aa) § 1570 BGB – Unterhaltsanspruch	121
bb) § 1576 BGB – Unterhalt aus Billigkeitsgründen	121
cc) Maß des Unterhalts – Dreiteilungsmethode	123
c) Unterhalt von Mutter und Vater aus Anlass der Geburt, § 1516l BGB	124
d) Rangfolge	124
§ 3 Erbrecht	127
A. Vorbemerkung	130
B. Gesetzliche Erbfolge	130
I. Gesetzliches Erbrecht der Verwandten	131
II. Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten	132
1. Allgemeines	132
2. Gesetzlicher Güterstand	133
3. Gütertrennung	134
4. Gütergemeinschaft	135

5. Sonstiges	135
III. Zusammenfassung	135
C Gewillkürte Erbfolge	136
I. Testament	136
II. Gemeinschaftliches Testament und Erbvertrag	137
1. Überblick	137
2. Insbesondere: Bindungswirkung beim gemeinschaftlichen Testament	138
3. Insbesondere: Bindungswirkung beim Erbvertrag	139
III. Grenzen gewillkürter Erbfolge: Pflichtteilsrecht	141
D. Typische Patchwork-Familien.	142
I. Vorbemerkung	142
II. Zweitehe ohne (erbberechtigte) Kinder – Vorfragen	142
1. Störpotenzial: Frühere Verfügungen von Todes wegen (Beseitigung der Bindungswirkung)	143
a) Einzeltestament	143
b) Erbvertrag und gemeinschaftliches Testament	144
c) Insbesondere: Erbvertrag	144
aa) Fortbestand trotz Trennung und Scheidung?	144
bb) Einvernehmliche Aufhebung	145
cc) Rücknahme aus der amtlichen Verwahrung	145
dd) Abänderungsvorbehalt	145
ee) Rücktrittsvorbehalt	146
ff) Anfechtung	147
d) Insbesondere: Gemeinschaftliches Testament	148
aa) Fortbestand trotz Trennung und Scheidung?	148
bb) Einvernehmliche Aufhebung, Rücknahme aus der amtlichen Verwahrung.	149
cc) Einseitiger Widerruf	149
dd) Anfechtung	149
e) Zuwendungsverzicht	150
f) Lebzeitige Zuwendungen (§§ 2287, 2288 BGB)	152
2. Störpotenzial: Pflichtteilsrecht der Eltern	154
3. Störpotenzial: Pflichtteilsrecht des Ehegatten	155
a) Erb- und Pflichtteilsverzicht des Ehegatten	156
b) Exkurs: § 1586b BGB	160
4. Störpotenzial: Zugewinnausgleich (Vereinbarung von Gütertrennung)	161
III. Zweitehe mit Kindern aus erster Ehe eines (oder beider) Ehegatten ohne gemeinsame Kinder („meine Kinder – deine Kinder“)	164
1. Schlusserbeinsetzung einseitiger Kinder vs. Vor- und Nacherbschaft (erbrechtliche Absicherung einseitiger Kinder)	165
a) Gegenseitige Erbeinsetzung und Schlusserbeinsetzung einseitiger Kinder (Unterwanderung der Bindungswirkung).	165
b) Ehegatte als Vorerbe	165
c) Unmittelbare Erbeinsetzung der einseitigen Kinder	167
2. Störpotential: Pflichtteil der Kinder aus erster Ehe	170
a) Insbesondere §§ 2305 ff. BGB	171
b) Erb- und Pflichtteilsverzicht der Kinder aus erster Ehe.	172

aa) Unbedingter Verzicht	172
bb) Bedingter Verzicht (Verzicht gegen Abfindung, Verzicht unter Bedingung einer letztwilligen Begünstigung)	174
cc) Exkurs: Unwirksamkeit eines bestehenden Erb- bzw. Pflicht- teilsverzichts infolge Scheidung?	177
dd) Exkurs: Einvernehmliche Aufhebung des Pflichtteilsverzichts zulasten des Vertragserben	177
c) Pflichtteilsstrafklauseln	178
d) Pflichtteilsstrafklausel und bedingtes Quotenvermächtnis (wirtschaft- liche Gleichstellung aller Kinder)	180
e) Anrechnungsbestimmung	181
3. Freiheit von erbrechtlicher Bindung	183
4. Wohnungsrecht, Nießbrauch, sonstige Vermächtnisse zugunsten des Ehegatten	183
5. Störpotential: Güterrecht (modifizierte Zugewinnngemeinschaft)	186
6. „Geschiedenentestament“	187
a) Vor- und Nacherbschaft	188
b) Vermächtnislösungen	189
aa) Vor- und Nachvermächtnis	189
bb) Herausgabevermächtnis	191
c) Entzug der Vermögenssorge, Testamentsvollstreckung	192
aa) Entzug der Vermögenssorge	192
bb) Testamentsvollstreckung	193
7. Adoption	197
IV. Zweitehe mit Kindern aus erster Ehe (eines oder beider Ehegatten) und gemeinsamen Kindern („meine Kinder – deine Kinder – unsere Kinder“) . .	198
1. Störpotential: Pflichtteilsrecht der Kinder	198
a) Pflichtteilsstrafklauseln (insbesondere gemeinschaftliche Kinder) . .	198
b) Pflichtteilsentziehung	199
c) Ehegatte als Vorerbe (insbesondere einseitige Kinder)	199
d) Nießbrauchslösung (insbesondere einseitige Kinder)	200
e) Pflichtteilsminimierung durch lebzeitige Vermögensübertragung . .	201
aa) Ehebezogene Zuwendungen	202
bb) Güterrechtliche Gestaltungen	208
(1) Gütertrennung und „Güterstandsschaukel“	208
(2) Gütergemeinschaft	211
cc) Gesellschaftsrechtliche Gestaltungen	213
dd) Lebensversicherung	218
2. Besserstellung gemeinsamer Kinder ohne vollständigen Ausschluss einseitiger Kinder	220
3. §§ 2305 ff. BGB (wirtschaftliche Gleichstellung aller Kinder)	221
4. Teilungsanordnung, Vorausvermächtnis, Testamentsvollstreckung . . .	222
V. Nichteheleiche Lebensgemeinschaften („Zweitfamilie – mit oder ohne Kinder – ohne Trauschein“)	225
E. Die ungenaue Bezeichnung der Erben – oder auch die „vergessene“ Regelung . .	226
I. Verfügungen von Todes wegen zugunsten „meiner Kinder“ und „unserer Kinder“	226

II. Bezugsrecht „meines Ehegatten“ und „meiner Kinder“ bei Lebensversicherungen	228
F. Wer ist für die Bestattung zuständig – wer zahlt?	229
§ 4 Betreuungsrecht und Vorsorgeverfügungen	231
A. Rechtliche Grundlagen und besondere Problemstellungen.	232
I. Rechtliche Betreuung, §§ 1896 ff. BGB	233
1. Betreuerbestellung	233
a) Insbesondere: Betreuerbestellung gegen den freien Willen des Betroffenen	233
b) Insbesondere: Person des Betreuers	234
2. Gesetzliche Vertretung durch den Betreuer, § 1902 BGB, und Einwilligungsvorbehalt, § 1903 BGB	236
II. Beachtlichkeit von Wünschen des Betreuten (Betreuungsverfügung)	236
1. Regelungsinhalt	236
2. Natürlicher Wille als Voraussetzung	237
3. Form	237
III. Vorsorgevollmacht.	237
1. Regelungsinhalt	237
a) Vollmacht in vermögensrechtlichen Angelegenheiten	238
b) Vollmacht in persönlichen Angelegenheiten	239
2. Wirksame Erteilung und Widerruf	240
a) Geschäftsfähigkeit	240
b) Form	241
c) Insbesondere: Widerruf durch einen von mehreren Bevollmächtigten BGB	242
IV. Kontrollmechanismen und Vermeidung von Missbrauch	243
1. Gesetzliche Kontrollmechanismen	243
a) Pflichtbindung des Betreuers, insbesondere § 1908i Abs. 1 BGB i.V.m. §§ 1802, 1840 f. BGB, mündelsichere Anlage und § 1908i Abs. 1 BGB i.V.m. § 1803 BGB	243
b) Vertretungsverbote des Betreuers, § 181 BGB, § 1908i Abs. 1 BGB i.V.m. § 1795 BGB sowie Schenkungsverbot des Betreuers, § 1908i Abs. 2 Satz 1 BGB i.V.m. § 1804 BGB.	244
c) Betreuungsgerichtliche Genehmigung für Betreuerhandeln, § 1908i Abs. 1 BGB i.V.m. §§ 1821, 1822 Nr. 1 bis 4, 6 bis 13 BGB, §§ 1904 ff. BGB	244
d) Befreite Betreuung.	244
e) Keine Erstreckung auf den Bevollmächtigten.	245
2. Überwachungsbetreuer (§ 1896 Abs. 3 BGB)	245
3. Überwachungsbevollmächtigter.	247
V. Zusammenfassung	248
B. Selbstbestimmung und Auswahl des richtigen Vorsorgeinstruments	248
I. Betreuungsverfügung vs. Vorsorgevollmacht.	248
II. Zwang zur Vollmacht?	249
III. Zusammenfassung	249

C. Person des Betreuers bzw. Vorsorgebevollmächtigten	250
I. Auswahl geeigneter Personen	250
1. Besonderheiten beim Betreuer	251
a) Beachtlichkeit des Betreuerwunsches, § 1897 Abs. 4 BGB.	251
b) Mehrheit von Betreuern, § 1899 BGB	252
c) Übernahmepflicht, § 1898 BGB	252
2. Besonderheiten beim Bevollmächtigten	252
a) Keine Ausschlussgründe.	252
b) Mehrheit von Bevollmächtigten	253
c) Übernahmepflicht	254
II. Zusammenfassung.	254
D. Anweisungen zur Führung der Betreuung bzw. Grundverhältnis zum Vorsorgebevollmächtigten (insbesondere auch Patientenverfügung)	254
I. Führung der Betreuung (Betreuungsverfügung)	254
II. Grundverhältnis zum Vorsorgebevollmächtigten	255
1. Rechtsnatur	255
a) Verpflichtung zur innerehelichen (innerlebenspartnerschaftlichen) bzw. innerfamiliären Hilfeleistung, §§ 1353 Abs. 1 Satz 2, 1618a BGB, § 2 LPartG.	255
b) Auftrag, §§ 662 ff. BGB und Geschäftsbesorgung §§ 675 ff. BGB.	255
c) Gefälligkeit/Mischverhältnis	256
2. Weisungen im Innenverhältnis	257
3. Regelungsinhalt.	257
a) Verwendungsbeschränkungen	257
b) Haftungsbeschränkungen	258
4. Zustandekommen und Widerruf	259
a) Zustandekommen	259
b) Widerruf	259
c) Ort der Regelung	259
5. Zusammenfassung	259
III. Patientenverfügung	260
1. „Qualifizierte“ Patientenverfügung (§ 1901a Abs. 1 BGB)	260
a) Voraussetzungen.	260
b) Regelungsinhalt	261
aa) Einwilligung in eine ärztliche Maßnahme (Therapiewunsch, insbesondere Maximaltherapie).	261
bb) Nichteinwilligung oder Widerruf der Einwilligung in eine ärzt- liche Maßnahme (Behandlungsabbruch)	262
cc) Bestimmtheitsgrundsatz.	262
dd) Keine Reichweitenbegrenzung	263
c) Rechtsnatur und Adressat	263
2. Behandlungswunsch und mutmaßlicher Wille (§ 1901a Abs. 2 BGB)	265
3. Umsetzung des Patientenwillens und Verfahren nach § 1901b BGB (einschließlich betreuungsgerichtlicher Genehmigung, § 1904 BGB)	266
a) Allgemeines.	266
b) Verfahren gemäß § 1901b Abs. 1 BGB	267

c) Verfahren gemäß § 1901b Abs. 2 BGB	267
d) Betreuungsgerichtliche Genehmigung, § 1904 BGB	267
4. Vollständige Entscheidungsdelegation auf den Vertreter	269
5. Zusammenfassung	270
E. Schicksal bestehender Vorsorgeverfügungen zugunsten der Erstfamilie	270
I. Schicksal bestehender Vorsorgevollmachten	270
1. Kein (automatisches) Erlöschen der dem geschiedenen Ehegatten oder den Kindern aus erster Ehe erteilten Vorsorgevollmacht?	270
2. Widerruf der Vollmacht, §§ 168 Satz 2 und 3, 167 Abs. 1 BGB	272
a) Widerrufserklärung	272
b) Beseitigung des Rechtsscheins der Vollmachtsurkunde, § 172 BGB	274
3. Vollmachtverzicht	275
II. Schicksal bestehender Vorsorgeverfügungen im Übrigen	276
1. Widerruflichkeit von Betreuungsverfügungen.	276
a) Person des Betreuers.	276
b) Führung der Betreuung	276
2. Widerruflichkeit von Patientenverfügungen	277
III. Zusammenfassung	278
F. Resümee	278
§ 5 Mietrecht.	281
A. Einleitung.	283
B. Begründung eines Mietverhältnisses.	286
I. Mietvertragsabschluss durch beide Partner als Mitmieter	286
II. Mietvertragsabschluss durch einen Partner als Mieter	287
C. Bestehendes Mietverhältnis	288
I. Mietzins und Sicherheiten	288
II. Gebrauchsrecht	289
III. Gewährleistung und Haftung	293
1. Haftung des Vermieters	293
2. Haftung der/des Mieter(s).	294
IV. Beendigung der Lebensgemeinschaft	295
1. Anspruch des ausziehenden Partners auf Mitwirkung an dessen einernehmlicher Entlassung aus dem Mietvertrag bzw. an einer gemeinsamen Kündigung	296
2. Anspruch auf Überlassung der Mietwohnung bei Trennung und Scheidung bzw. Aufhebung der Lebenspartnerschaft.	298
a) Wohnungszuweisung bei Getrenntleben, § 1361b BGB/§ 14 LPartG.	298
b) Wohnungszuweisung anlässlich der Scheidung, § 1568a BGB/§ 17 LPartG	299
aa) Gerichtliche Entscheidung	299
bb) Mitteilung der Ehegatten	299
cc) Rechtsfolgen	302
c) Wohnungszuweisung nach dem GewSchG	303
3. Verfahrensfragen	304
4. Vorsorgliche Regelung	305
V. Eintritt in das Mietverhältnis bei Tod des Mieters, §§ 563–564 BGB.	306

D. Beendigung des Mietverhältnisses.	309
I. Aufhebungsvertrag	309
II. Kündigung.	310
1. Vermieterkündigung.	310
a) Form und Inhalt	310
b) Zugang.	310
c) Kündigungsgrund	310
2. Mieterkündigung.	316
III. Rechtsfolgen	316
E. Räumung und Räumungsvollstreckung	316
§ 6 Sozialrecht	323
A. Einleitung	323
I. Grundlagen	323
1. Geltungsbereich des SGB	323
2. Antragstellung	323
II. Vorschüsse	324
III. Verzinsung	325
IV. Mitwirkungs- und Mitteilungspflichten	325
V. Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch	326
VI. Verbot nachteiliger Vereinbarungen	327
VII. Rechtsweg.	327
B. SGB II	328
I. Leistungsübersicht	328
1. Regelbedarfe	329
2. Mehrbedarfe	330
3. Bedarfe für Unterkunft und Heizung	331
4. Abweichende Leistungserbringung nach § 24 SGB II	331
5. Weitere Leistungen nach §§ 25–27 SGB II	332
II. Leistungsberechtigte nach § 7 SGB II	332
1. Berechtigter Personenkreis.	332
a) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	332
b) Bedarfsgemeinschaft	332
c) Partner	333
d) Kinder	335
e) Abgrenzung zu Haushaltsgemeinschaft	336
aa) Haushalts-, Bedarfs- und Wohngemeinschaft	336
bb) Unterhaltsvermutung des § 9 Abs. 5 SGB II.	337
cc) Wohngemeinschaft.	338
2. Ausnahmen/Nicht-Leistungsberechtigte	338
3. Altersgrenzen	339
4. Gewöhnlicher Aufenthalt.	339
5. Obliegenheiten des Leistungsberechtigten nach § 31 SGB II	340
III. Verhältnis zu anderen Leistungen	341
1. Grundsatz.	341
2. Altersrente	341
3. Kindergeld	341

4. Wohngeld	342
5. Kinderzuschlag	343
6. Krankengeld	343
7. Berufsausbildungsbeihilfe und BAföG	343
IV. Übergang von Ansprüchen, § 33 SGB II	344
1. Tatbestandliche Voraussetzungen.	344
2. Grundvoraussetzungen des Anspruchsübergangs, § 33 Abs. 1 SGB II	344
a) Anwendungsbereich.	344
b) Rechtmäßigkeit der Hilfegewährung	345
c) Anspruchsverzicht	345
3. Prozentuale Aufspaltung.	345
a) Kindergeldabzug	346
b) § 1603 BGB	346
c) Betreuungsunterhalt	346
aa) Pflege und Erziehung.	346
bb) Altersunabhängigkeit.	346
cc) Basisunterhalt oder verlängerter Betreuungsunterhalt	347
d) Kindbezogene und ehebezogene Verlängerungsgründe	347
e) Prüfungsreihenfolge: Kindbezogen vor Ehebezogen	347
f) Darlegungs- und Beweislast.	348
g) Zeitliche Begrenzung (Befristung und Begrenzung nach Herabsetzung)	348
4. Prozessuales Auskunftsverfahren	348
a) Einleitung	348
aa) Vertretung eines Kindes durch einen Beistand.	348
bb) Auskunftspflicht der Beteiligten und Dritter	349
cc) Auskunftspflichten	349
(1) Materiell-rechtliche Auskunftspflicht.	349
(a) Anspruchsgrundlagen.	349
(b) Anspruchsvoraussetzungen	349
(c) Gegenstand der Auskunft	349
(d) Auskunftszeitraum.	350
(e) Anspruchsinhalt	350
(f) Rechtswirkung der Auskunftsaufforderung	351
b) Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	351
aa) Auskunft und Vorlage von Belegen von Amts wegen	351
bb) Auskunft und Vorlage von Belegen auf Antrag	352
c) Rechtsfolgen der Nichterteilung der Auskunft	352
d) Auskunftspflichten Dritter	352
V. Erwerbsfähigkeit	353
1. Begriff der Erwerbsfähigkeit i.S.d. § 8 SGB II	353
a) Erwerbsfähigkeit als Leistungsvoraussetzung.	353
b) Arbeiten-Können	353
c) Arbeiten-Dürfen	354
d) Zumutbarkeit, § 10 SGB II.	354
2. Prüfung der Erwerbsfähigkeit i.S.d. § 8 SGB II	355
VI. Hilfebedürftigkeit	355
VII. Ausschlussstatbestände für den Bezug von Leistungen nach dem SGB II	357

1. Ausschluss wegen stationärer Unterbringung	357
2. Ausschluss wegen Bezugs einer Altersrente.	358
3. Ausschluss aufgrund eines auswärtigen Aufenthalts	358
5. Ausschluss wegen eines Anspruchs auf Förderung der Ausbildung	359
a) Ausbildungsförderung	359
b) Ausschluss bei Anspruch auf Förderung der Ausbildung nur „dem Grunde nach“	360
c) Leistungen als Darlehen	361
VIII. Prozessuales.	361
1. Antragstellung	361
2. Widerspruch	362
3. Sozialgerichtliche Verfahren	363
4. Verfahrensvorschriften	365
C. SGB III Arbeitsförderung	366
I. Die Berufsausbildungsbeihilfe	366
II. Die Bemessung des Arbeitslosengeldes	367
III. Sperrzeit-Regelung	367
IV. Auskunftsverlangen des Leistungsträgers	368
D. SGB V Gesetzliche Krankenversicherung	369
I. Die Familienversicherung	369
II. Vorteil nicht eheliche/eheähnliche Lebensgemeinschaft	371
III. Die Gewährung von Haushaltshilfe	372
IV. Krankengeld bei Erkrankung des Kindes	374
E. SGB VI Gesetzliche Rentenversicherung	375
I. Die Witwen-/Witwerrente	375
II. Die Erziehungsrente	376
III. Die Waisenrente	377
IV. Rentensplitting	378
F. SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe	378
I. Einleitung	378
II. Maßgebliche Prinzipien	380
III. Geltungsbereich; Leistungsberechtigte	380
IV. Leistungen.	381
1. Familienstützende Hilfen.	381
2. Familienergänzende Hilfen	382
3. Familienersetzende Hilfen	383
a) Erziehungsberatung, § 28 SGB VIII	384
b) Soziale Gruppenarbeit, § 29 SGB VIII.	385
c) Erziehungsbeistand/Betreuungshelfer, § 30 SGB VIII	386
d) Sozialpädagogische Familienhilfe, § 31 SGB VIII	386
e) Erziehung in einer Tagesgruppe, § 32 SGB VIII	387
f) Hilfe in Familienpflege, § 33 SGB VIII	388
g) Heimerziehung, § 34 SGB VIII	389
h) Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, § 35 SGB VIII	389
i) Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, § 35a SGB VIII	391
aa) Struktur des Leistungstatbestandes.	391

bb) Katalog seelischer Störungen von Kindern und Jugendlichen . .	392
cc) Ziele der Eingliederungshilfe.	394
dd) Leistungen der Eingliederungshilfe.	394
j) Wahl der Hilfeform nach Bedarf.	395
k) Mitwirkung, Hilfeplan, § 36 SGB VIII	395
V. Organisation und Finanzierung	395
G. SGB XII Sozialhilfe	396
I. Grundsätze der Sozialhilfe.	396
1. Grundsätze der Leistungserbringung.	397
2. Familiengerechte Leistung	397
II. Leistungsüberblick.	398
1. Hilfe zum Lebensunterhalt	398
2. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	401
3. Hilfen zur Gesundheit etc.	401
4. § 19 Abs. 4 bis 6 SGB XII	401
III. Besonderheit: Eheähnliche und lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaften	402
§ 7 Erbschaft- und Schenkungsteuer	403
A. Vorbemerkung	403
I. Besonderheiten der Erbschaft- und Schenkungsteuer	403
II. Exkurs: Patchwork-Konstellationen und Besteuerungstatbestände nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 (Zweckzuwendung) und Nr. 4 (Familienstiftung/-verein) ErbStG	406
1. Zweckzuwendung (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 ErbStG)	406
2. Ersatzerbschaftsteuer auf Vermögen einer Familienstiftung oder eines Familienvereins (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ErbStG)	407
B. Gesetzliche Erbfolge als Grundfall der ErbSt	410
I. Überblick über die Erbschaft- und Schenkungsteuer	410
1. Überblick	410
2. Beschränkte und unbeschränkte Erbschaftsteuerpflicht	412
3. Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen	413
4. Steuerobjekt: Erwerb von Todes wegen und Schenkung	416
5. Bewertung des Vermögens	416
7. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten	421
8. Hinweis: Steuerbefreiungen bei der Übertragung von Betriebsvermögen und Mietwohngrundstücken.	421
II. Ehegatte/Lebenspartner als Erbe	421
1. Ehegatten/Lebenspartner als Steuersubjekte	421
2. Ehebezogene Zuwendungen	422
3. Zugewinnausgleich	423
4. Steuersatz in Abhängigkeit vom ‚Näheverhältnis‘ und der Höhe der Bereicherung.	423
5. Zwischenergebnis: Die erbschaft- und schenkungsteuerliche Privilegierung von Ehegatten	424
III. Verwandte als Erbe	424
1. Verwandte als Steuersubjekte	424
2. Freibeträge und Steuersätze bei Erwerben durch Verwandte	425

C. Gewillkürte Erbfolge und Schenkungen bei Patchwork-Partnern	425
I. Patchwork-Partner als Steuersubjekt	425
II. Schenkungen	430
III. Erwerbe von Todes wegen durch Patchwork-Partner.	433
D. Gewillkürte Erbfolge und Schenkungen bei Patchwork-Kindern	434
I. Allgemeines und Überblick	434
II. Schenkungen	434
III. Erwerbe von Todes wegen bei Patchwork-Kindern.	435
E. Besteuerung typischer Patchwork-Familien.	435
I. Vorbemerkung	435
II. Zweitehe ohne (erbberechtigte) Kinder – Vorfragen	436
1. Grundsätzliches zu den Ausgangsfällen	436
2. Steuerrechtliche Beurteilung zivilrechtlicher Problemschwerpunkte . . .	437
III. Patchwork-Kinder	439
V. Nichteheliche Lebensgemeinschaften („Zweitfamilie – mit oder ohne Kinder – ohne Trauschein“).	439
F. Die ungenaue Bezeichnung der Erben – oder auch die „vergessene“ Regelung . .	439
G. Nachlassverbindlichkeiten.	439
H. Schlussbetrachtung	440
Benutzerhinweise zur CD-ROM	441
Stichwortverzeichnis.	441